

04.06.2026 | Hochschule

## Christopher Vogt: Wissenschaftsministerin Stenke muss ihren Unionskollegen in Berlin beim BAföG eine klare Ansage machen

Zum möglichen Aus der bereits angekündigten BAföG-Reform auf Bundesebene erklärt der Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Es ist schon bezeichnend, dass dieser Bundesregierung ausgerechnet dann plötzlich das Geld fehlt, wenn es um die notwendige Stärkung der Bildung geht. Das ist zukunftsvergessen. Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die versprochene Erhöhung der BAföG-Wohnkostenpauschale endlich umgesetzt wird. Wissenschaftsministerin Stenke sollte ihren Unionskollegen in Berlin, die diese derzeit infrage stellen, eine klare Ansage machen.“

Ein Studium sollte nicht an der Finanzierbarkeit scheitern und nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängen. Das ist eine Frage der Chancengerechtigkeit und der richtigen Schwerpunktsetzung des Staates, der Bildung wieder als oberste Priorität ansehen muss. Wenn die groß angekündigte Erhöhung beim BAföG jetzt nicht kommen sollte, wäre dies ein fatales bildungspolitisches Signal und ein krasser Wortbruch gegenüber der jungen Generation, die bereits die Rekordschulden dieser Bundesregierung auf schultern müssen. Die aktuelle Diskussion in der schwarz-roten Koalition verunsichert zigtausende junge Menschen, die gerade darüber nachdenken, ob und wo sie sich ein Studium überhaupt noch leisten können. Die Studierenden leiden besonders unter den weiter steigenden Lebenshaltungskosten, auch weil die BAföG-Sätze für viele Hochschulstädte längst nicht mehr realistisch sind. Die überfällige Nicht-Anhebung ist deshalb eine faktische Kürzung dieser Ausbildungsförderung.

Für Schleswig-Holstein ist die aktuelle Diskussion besonders bitter, weil CDU und Grüne mit der Einführung der Verwaltungskostenpauschale zuletzt selbst an der Kostenschraube gedreht haben und das Studium in unserem Bundesland weiter verteuert haben. Hinzu kommt: Schleswig-Holstein ist mit einer Wohnheimquote von rund sechs Prozent bundesweit besonders schlecht, so dass über 90 Prozent der Studierenden auf den angespannten Wohnungsmarkt angewiesen sind. Und selbst die Mietkosten in den Wohnheimen liegen mittlerweile teilweise über der bisherigen BAföG-Pauschale. Das BAföG muss realistischer, unbürokratischer und digitaler werden. Die langen Wartezeiten sind gerade auch in Kiel noch immer ein großes Problem. Ich fordere deutlich mehr Einsatz der Landesregierung bei diesem wichtigen Thema.“



**Christopher Vogt**

Sprecher für Wissenschaft/Hochschule, Energie

**Kontakt:**

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.

Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

[fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de](mailto:fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de)

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: [fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de](mailto:fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de), Internet: [www.fdp-fraktion-sh.de](http://www.fdp-fraktion-sh.de)